



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 1/4 Sgr. Anzeigengebühren für den Raum einer fünfzeiligen Seite in Petitdruck 1/4 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 402. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 29. August 1862.

### Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 28. August.** Mit dem Dampfer „Bohemian“ eingetroffene Berichte aus Newyork vom 16. d. melden, daß daselbst das Gerücht verbreitet war, Mac Clellan habe sich von Harrison Landing über Williamsburg und den Jamesfluß zurückgezogen. General Jackson stehe mit 60,000 Conföderirten südlich von Gordonville. Die Expedition Burnside's ist in Culpepper eingetroffen. Ein Tagesbefehl des Generals Pope constatirt, daß die Proclamation, welche der Armee befiehlt, den Unterhalt im Lande zu beschaffen, von Offizieren und Soldaten mißbraucht worden sei. Pope verbietet, die Eigenthümer zu belästigen. Gewaltthaten und Plünderungen sollen bestraft werden. Fremont ist zum Commandirenden des ersten Armeecorps unter Pope ernannt worden. Die Conscriptio wird am 1. Septbr. beginnen. Der Eintritt in die Armee ist zahlreicher geworden. Die Aufregung wegen der Conscriptio dauert fort. Fremden, welche die Absicht erklärt haben, Bürger zu werden, ist es nicht gestattet, das Land zu verlassen. Die Municipalität von Newyork hat eine Million Dollars zur Verteidigung des Hafens votirt. Dreihundert Häuser zu Memphis sind confiscirt worden. Butler hat eine Zwangscontribution von 330,000 Dollars, welche durch die Handelsbank von New-Orleans erlegt werden soll, für die Armee angeordnet. Der Gouverneur von Kentucky empfiehlt die Annahme der Resolution Crittenden's als einen Vorschlag zum Frieden.

**Turin, 27. Aug.** Die Nachrichten aus den neapolitanischen Provinzen lauten zufriedenstellend; der Belagerungszustand war im Allgemeinen gut aufgenommen worden.

Eine große Anzahl Truppen ist zu Schiffe nach Reggio mit dem Befehle geschickt worden, die Rebellen sofort aufzufuchen und sie zu schlagen.

Die Zusammenrottungen in Messina sind sofort zerstreut, die Nationalgarde und die Truppen mit dem Aufse: Es lebe die Armee! empfangen worden. Perfano hat ein sehr energisches Schreiben an den General-Commandeur gerichtet, daß er die Truppen in den Kasernen consigniren und damit strenge Maßregeln zur Unterdrückung der Unordnung vereinigen solle.

**Neapel, 27. Aug.** Bei einem Zusammenstoß, der heute stattgefunden, sind 42 Garibaldianer, darunter Major Merighi und andere Offiziere, gefangen genommen, mehrere Garibaldianer verwundet worden. Von den Truppen sind nur drei verwundet. (S. beide Depeschen zum Theil schon im heutigen Morgenblatt.)

### Preußen.

**Berlin, 28. August.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem kais. russ. Major der Gendarmerie, Bergmann zu Warschau den königl. Kronenorden dritter Klasse, dem Direktor der kais. russ. Zollkammer zu Boleslawice, Kollegien-Assessor Peter Moniuszko, den königl. Kronenorden vierter Klasse und dem Drischulzen Michael Kierstein zu Sobollen im Kreise Dlesko das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. (St. A.)

**Berlin, 28. Aug.** Die „Sternztg.“ meldet: „Die Antworten der königlichen Regierung auf die Erklärungen von Baiern und Württemberg in Betreff der Verträge mit Frankreich vom 2. August sind in diesen Tagen abgegangen. Wie wir hören, sind darin sämtliche, gegen die Verträge erhobene Einwände und Bedenken, gründlich und ausführlich widerlegt. Wir hoffen, den Wortlaut jener Antworten in den nächsten Tagen mittheilen zu können.“

**Berlin.** [Vom Hofe.] Se. königl. Hoheit der Prinz-Admiral Adalbert wird von seiner Seereise nach England, Frankreich ic. in der ersten Hälfte des nächsten Monats hier zurück erwartet. Gleichzeitig treffen die Begleiter Sr. königl. Hoheit, der Capitän Bothwell und der Hauptmann Ritter, hier wieder ein.

Der russische Gesandte, Baron v. Bubberg, bleibt nur noch bis Sonntag in Berlin und geht alsdann zunächst nach der Schweiz, woselbst seine Familie schon seit längerer Zeit in dem Dorfe Heyden, Canton Appenzell, verweilt. Von dort begibt sich der Gesandte nach kurzem Aufenthalt an den französischen Hof, an welchem er bekanntlich nannmehr Rusland vertreten soll.

**Berlin, 28. Aug.** [Die Antwort an Baiern und Württemberg. — Keine Zollvereinigung mit Oesterreich. — Herr v. d. Heydt.] Am 26sten, also vorgestern, ist die Antwort der preussischen Regierung nach München und Stuttgart auf die Depeschen abgegangen, in welchen die beiden süddeutschen Regierungen erklärt haben, dem Handelsvertrage mit Frankreich nicht beistimmen zu können. Die nachstehenden Analysen der preussischen Antwort, welche in ich der Lage bin, Ihnen heut schon mittheilen zu können, haben, namentlich was die Antwort an Baiern betrifft, keinen Anspruch auf Vollständigkeit, ich lenke aber Ihre Aufmerksamkeit auf den Schlusssatz, der vollkommen meine früheren Mittheilungen von dem Standpunkt der preussischen Regierung bestätigt. Die Note nach München ist eine sehr ausführliche Arbeit, welche alle bairerscherseits erhobenen Einwendungen der Reihe nach in eingehender Weise bespricht und auf Grund der früher nach München erfolgten Mittheilungen des berliner Cabinets wie der darauf geschehenen Rückäußerungen der bairerschen Regierung vollständig und mit Zahlen widerlegt. Nach gründlicher Erörterung aller von der bairerschen Regierung erhobenen Bedenken, drückt das berliner Cabinet den Wunsch aus, daß Baiern die wichtige Angelegenheit nochmals in Erwägung ziehen möge, denn Preußen könne nicht die Ansicht theilen, daß die Ablehnung des Handelsvertrages den Zollverein in seiner gegenwärtigen Lage nicht ernstlich gefährden werde. Preußen seinerseits müsse auf dem Boden des Handelsvertrages beharren und demgemäß in einer Ablehnung desselben von Seiten Baierns eine Willensäußerung erblicken, den Zollverband mit Preußen nicht länger fortbestehen zu lassen. — Diese wichtige Erklärung enthält auch die übrigens kürzer gefaßte Note nach Stuttgart; weil in der württembergischen Depesche nicht so viele Details enthalten waren. Nur ist der preussische Gesandte in Stuttgart angewiesen worden, der dortigen Regierung die nach München erlassene Antwort mitzutheilen. Beide Noten sind in den schonendsten und verständlichsten Ausdrücken abgefaßt.

Auf die hannoversche Erklärung wird es Preußen leicht sein zu antworten. Es wird leicht sein, darzutun, daß die Ablehnungen der süddeutschen Regierungen die Verhandlungen keineswegs gegenstandslos gemacht haben, daß der Handelsvertrag trotz dieser Ablehnungen festgehalten wird, und daß Hannover am allerwenigsten Ursache hat, mit der Ermäßigung der Zölle unzufrieden zu sein, da es ja gerade wegen der hohen Zölle sich so lange von dem Zollverein entfernt gehalten hatte.

Ich weiß nicht, ob die Regersche Note vom 21. August schon beantwortet ist; die Lage der Sache ist aber so klar, daß jeder Unbefangene diese Antwort abfassen könnte. Denn — hält die preussische Regierung an der Tarifreform und an dem Handelsvertrage fest, auch

wenn die würtzburger Regierungen demselben nicht beitreten, so ist die Vorbedingung, an welche Preußen den Zusammentritt von Zollconferenzen geknüpft hatte, nicht beseitigt, und diese Conferenzen werden nicht stattfinden können, weil mit der Auflösung des Zollvereins auch der Vertrag von 1833 mit Oesterreich erlischt, Zollvereinigungs-Conferenzen, deren Resultat auf eine Dauer von nur zwei Jahren berechnet sein kann, vollständig nutzlos sind.

Beiläufig möchten wir der süddeutschen Presse den Rath geben, die französischen Diplomaten bei den deutschen Höfen zu befragen. Sie würde da erfahren, daß Frankreich einen eben so großen Werth, als Preußen, auf den Vertrag legt und daß der Vertrag mit dem 1. Januar 1866, sei es auch mit Preußen allein, ins Leben tritt. Wenn auch Herr Herbert in Wien war, so ist damit nicht gesagt, daß Frankreich am Vertrage nichts mehr gelegen ist — im Gegentheil.

Das Gerücht von der Entlassung des Ministers v. d. Heydt entbehrt jeder Begründung, eben so das andere, wonach Herr v. Sydow im Herbst nach Beendigung der Krisis definitiv Unter-Staats-Sekretär an Herrn v. Gruners Stelle werden soll. Herr v. Sydow ist Creolenz, Gesandter, und bezieht 8000 Thlr. Gehalt; der Unter-Staats-Sekretärposten ist nur mit der Hälfte dieser Summe dotirt.

**K. C. Berlin, 28. August.** [Ueber die telegr. gemeldete Note an Baiern] wird weiter berichtet: In der heutigen Sitzung der Commission für Handel und Gewerbe und für Finanzen und Zölle sollten die beiden auf die handelspolitische Frage bezüglichen Resolutionen von Michaelis und Sybel-Lette zur Berathung kommen. Das Staatsministerium war durch die Geh. Räte Philippborn und Dellbrück vertreten. Der neulich gegebenen Zusage gemäß machte der erstere über die von Seiten unserer Regierung an Baiern erlassenen Erklärung eingehende Mittheilungen. Auf den Wunsch der Regierung werden dieselben zunächst als vertraulich behandelt, so daß für einige Tage jede Veröffentlichung daraus unterbleibt. Inzwischen läßt sich Charakter und Richtung jener Erklärung hinreichend daraus ermessen, daß dieselbe in der Commission mit ungetheilter lebhafter Befriedigung und manchmal mit lauter Zustimmung aufgenommen wurde. Abg. Michaelis erklärte, nach dieser Mittheilung der Regierung halte er seine Resolution für veraltet; es bleibe nur übrig, der Regierung die volle Zustimmung auszusprechen; er beantrage, die Sitzung auf kurze Zeit zu vertagen, und eine Sub-Commission zur sofortigen Entwurfung einer solchen zustimmenden Resolution einzusetzen. Auch Abgeordneter v. Sybel ließ die von ihm mit eingebrachte Resolution fallen, und der zweite Antragsteller Lette trat ihm darin bei. Nach kurzer Verhandlung wurde der Michaelis'sche Antrag angenommen. Die aus sieben Mitgliedern bestehende Sub-Commission einigte sich in sehr kurzer Zeit. Die von ihr einstimmig eingebrachte zustimmende Resolution wurde dann ohne Debatte eben so einstimmig angenommen. Dieselbe besteht aus zwei Theilen; der erste, in welchem die volle Uebereinstimmung zu der von der Regierung abgegebenen Erklärung ausgesprochen wird, ist zunächst, wie die Erklärung der Regierung selbst, noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und wird erst mit jener Erklärung zugleich bekannt werden; der zweite Theil lautet wörtlich: Das Haus der Abgeordneten „spricht demgemäß die Erwartung aus, die kgl. Staatsregierung werde, sofern einzelne Zollvereins-Regierungen in ihrer Ablehnung verharren sollten, diejenigen Maßnahmen treffen, welche nothwendig sind, um die Reform des Zollvereins-Tarifes auf Grund des Tarifs B. zum Handelsvertrage vom 2. Aug. beim Ablauf der gegenwärtigen Zollvereinsverträge durchzuführen.“

Der Regierungen-Commissar machte dann auf geschehene Anfrage noch die Mittheilung, daß die an Baiern abgegebene Erklärung abschriftlich auch an Hannover und Württemberg ergangen sei. — Nach diesen Verhandlungen bleibt nur noch der Bericht der Commission zu verlesen und festzustellen. Zum Referenten wurde Abg. Michaelis mit Einstimmigkeit erwählt. Wahrscheinlich wird dieser Bericht noch vor der Militärdebatte im Hause zur Berathung kommen.

[Die Budget-Commission] hat gestern und heute den Etat des Ministeriums des Innern beraten. Von den dabei gefaßten Beschlüssen ist hervorzuheben: Die schon lange als „künftig wegfallend“ bezeichnete Position für die Brigadiers bei der Gendarmerie hat die Regierung abermals durch Neubefugung einer durch Abgang des bisherigen Inhabers erledigten Stelle auf dem früheren Stande erhalten; die Commission streicht, den vieljährigen Beschlüssen des Hauses gemäß, die betreffenden 2000 Thlr. — In Bezug auf die Unterstellung der Untersuchungsgefängnisse unter die Aufsicht des Justizministers beantragt die Commission die Erneuerung des beschlagnahmten Beschlusses vom vorigen Jahre. — Den Wegfall einer königlichen Polizei und Uebergabe der Polizeiverwaltung an die städtischen Behörden befürwortet die Commission für Stettin, Potsdam, Breslau, kurz für alle größeren Städte außer Berlin und Posen.

[Der Schwerpunkt der Küstenvertheidigungs-Angelegenheit] ruht, wie die „Sternztg.“ schreibt, während der letzten Zeit in den Beratungen der in Hamburg zusammengetretenen Fachcommission. Das Ergebnis ihrer Arbeit war befriedigend für die Sache wie für Preußen, dessen Vorschläge bei der Haupt-Kommission die gebührende Anerkennung nicht gefunden hatten. Je mehr aber die Fach-Kommission sich in das Detail der Frage vertiefte, um so mehr überzeugte sich dieselbe von der gänzlich unausführbarkeit des von der Trias fabrizirten Projekts der völligen Ausschließung Preußens von dem norddeutschen Küsten-Vertheidigungssysteme. Zu dieser Ueberzeugung drängte nicht bloß die Erwägung, daß den Küstenschiffen ein Rückhalt gesichert werden müsse, den der vortreffliche Kriegshafen im Jadebusen vollkommen bietet; weit entscheidender für die Hinzuziehung Preußens war die Frage wegen Stellung der Artilleriemannschaften für die Küstenbatterien. Man verhehlte sich nicht, daß die Herstellung der Batterien die am mindesten schwierige Aufgabe sei, besonders wenn sie unter Beihilfe Gesamtdeutschlands gelöst werden sollte. Als aber die Frage wegen der Besatzung dieser Batterien zur Sprache gebracht wurde, stellte sich, der „Eib. Z.“ zufolge, heraus, daß keiner der Küstenstaaten sich in der Lage befindet, die erforderliche Artilleriemannschaft abgeben zu können, und daß man also auch hier gezwungen ist, die preussische Hilfe in Anspruch zu nehmen.

[Herr v. d. Heydt und der elbersfelder Prozeß.] Wie noch berichtet wird, habe Herr v. d. Heydt nach Erhalt der Nachricht über die Zeugenaussagen, die in Elbersfeld in dem Prozeß gegen Dresemann und Consorten gefallen sind, sofort bei Sr. Maj. dem Könige eine Audienz erbeten, die bewilligt wurde. Es heißt, der Minister habe über 1 Stunde bei Sr. Majestät geweilt, ihm Mittheilung über die Angelegenheit gemacht, und sei dann wohlwollend vom Könige entlassen worden. Se. Majestät soll geäußert haben, daß er ihn 14 Jahre lang als treuen königl. Diener gefunden habe und ihn als

treuen Rathgeber erkenne. Am selbigen Tage wurde Herr v. d. Heydt zur königl. Tafel geladen. Heute findet bei dem Minister selbst ein Diner statt, zu welchem auch Abgeordnete geladen sind.

**Elbersfeld, 27. August.** [Ueber den v. d. Heydt'schen Prozeß] wird der „Westf. Z.“ geschrieben: Seit langer Zeit ist in unserem Thale keine so gewaltige Aufregung gewesen wie in unsern Tagen. Der Prozeß v. d. Heydt gegen Dresemann hat diese Aufregung hervorgerufen, welche seit dem Erscheinen der Flugschrift des letztern während der jüngsten Wahlbewegung bis heute ununterbrochen fortwauert. Die hohe Stellung des Angeklagten, welcher durch einen Prozeß sich in der öffentlichen Meinung von den gegen ihn gerichteten Beschuldigungen zu reinigen sucht, ist es besonders, welche diesem Prozeße das lebhafteste Interesse unserer Bevölkerung zuwendet. Die Parteien für und gegen Herrn v. d. Heydt sind in die bestigste Erbitterung gerathen und haben alle Mittel angestrengt, jene, um Dresemann's Beschuldigungen zu entkräften, die andere, um die Wahrheit der Beschuldigungen aufrecht zu erhalten. Ja, man erzählte kaum glaubliche Dinge, in welcher Weise besonders die Partei des Herrn v. d. Heydt alles aufgeboten hat, um zum Ziele zu gelangen. So sollen bereits seit Wochen all noch irgend wie und irgend wo vorrätigen Exemplare der „Elbersfelder“ und „Barm. Ztg.“ aus dem Jahre 1848, in denen über die in Frage stehende Volksversammlung jener Zeit möglicherweise etwas berichtet worden, von den einen oder den andern aufgesucht oder angefaßt worden sein u. dergl. Wenn Hr. v. d. Heydt mächtige Freunde und einflussreichen Anhang hat, so konnte doch auch Hr. Dresemann auf kräftige Unterstützung von Freunden und Bekannten rechnen. So wurde denn der Prozeß eine cause célèbre, wie sie seit vielen Jahren wohl im Rheinlande das öffentliche Interesse nicht beschäftigt hat. Mit Spannung sah alle Welt der Eröffnung der Verhandlungen entgegen. In jedem Falle aber ist hier die Ueberzeugung dadurch befestigt worden, daß Herr Dresemann die Wahrheit seiner Beschuldigungen gegen den Minister v. d. Heydt zu beweisen gewußt hat und die Bemühungen des letztern, sie zu entkräften vergeblich gewesen. Klar und verständlich genug hat der Vertheidiger des Herrn Dresemann gesprochen und die Bedeutung des Prozeßes hervorgehoben. Alle Erinnerungen an die bewegten Jahre 1848 und 1849 zogen noch einmal an dem Auge und Ohre der gespannt lauschenden Zuhörer vorüber, Erinnerungen wohl nicht freudiger Art, bei denen manches Herz noch erbebt und manch schmerzliche Empfindung geweckt wurde. Wem kann es nützen, solche Erinnerungen wieder aus dem Grabe der Vergessenheit hervorzurufen und in die leicht erregbare Masse des Volkes zu werfen?

### Deutschland.

**Frankfurt a. M., 27. August.** [Gutachten der Reclamations-Commission.] Mittelt eines an die Bundesversammlung gerichteten Gesuches vom 22. Juli d. J. hat die Wittve des am 25. März d. J. in Hamburg verstorbenen Artillerie-Majors a. D. der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee C. Junemann, A. W. L. Jungmann, geborene Sezer, um die Bewilligung einer Wittpensio nachgesucht. Dieses Gesuch ist durch die Gesandtschaft der freien Städte im Namen des hamburg. Senats bei dem Präsidium der Bundesversammlung unter angelegentlichster Unterstützung eingereicht worden. Die Wittschrift ist im Namen der Wittve und ihrer zwei Kinder von 11 und 7 Jahren von deren Curator resp. Vormund, dem Dr. und Advokaten G. Bachmann in Hamburg verfaßt und unterzeichnet und von Notar und Zeugen beglaubigt. Das in der Bundestagsitzung vom 14. d. erhaltene Gutachten der Reclamations-Commission ist dem Gesuche der Wittve des Siegers von Ederndorfe, obgleich sie eine eigentliche Pensionsberechtigung jetzt noch weniger als früher dem Major Jungmann gegenüber anerkennt, günstig und hält es nur für folgerichtig, daß den Hinterbliebenen nicht die ganze der Familie durch den Bundesbeschluß vom 16. März 1861 gemährt gewesene jährliche Beihilfe von 700 Gulden belassen, sondern dieselbe etwa auf 400 Gulden ermäßigt werde. Die Reclamations-Commission beantrage daher, der Wittve Jungmann's, in Berücksichtigung ihrer hilfsbedürftigen Lage, so wie der besonderen Umstände, vom 1. April d. J. ab bis auf Weiteres, so lange ein diesfälliges Bedürfnis vorliegt, eine jährliche, in halbjährigen Raten postnumerando zu erbebende Beihilfe von 400 Gulden aus der Bundes-Matricularkasse ausnahmsweise zu bewilligen. Wir erfahren aus dem Gutachten noch, daß in der Wittschrift die Stiftung auf eine Fortsetzung der durch die Gnade Sr. Majestät des Königs von Preußen dem Verstorbenen zu Theil gewordenen Pension von jährlich 360 Thalern angedeutet, und daß der Knabe unter Zulage kostenfreier Ausbildung in das königlich preussische Kadettencorps aufgenommen ist.

**Schwerin, 27. Aug.** [Se. Maj. der König von Preußen] traf, wie der „Nordd. Corresp.“ meldet, heute Morgen 3 1/2 Uhr, von Berlin kommend, mittelst Extrazuges hier ein und setzte ohne allen Aufenthalt die Reise weiter nach Rostock fort, von wo Allerhöchstderselbe im Wagen nach dem Heiligen-Damm bei Doberan fahren wird.

**Dessau, 27. Aug.** [Prozeß gegen den Bankpräsidenten Kuslandt.] Vor dem herzoglichen Ober-Landesgericht wurde heute die Anklagesache wider den Bankpräsidenten Kuslandt in zweiter Instanz verhandelt. Der Gerichtshof bestand aus dem Ober-Landesgerichtsrath Siegried als Präsident, und den Ober-Landesgerichtsräthen Klinghammer, Schilling, Schüring und Funke. Die Verhandlung dauerte von 9 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags und wurde die Beweisführung erster Instanz theilweise wiederholt. Der Angeklagte ist in der Dinge- und Wandel'schen Sache von der Anklage des Betruges freigesprochen; dagegen in der Volkmar-Bendir'schen Sache das erstinstanzliche Erkenntnis des Kreisgerichts bestätigt; der Angeklagte also in dieser des Betruges schuldig erkannt, und mit Rücksicht auf die Freisprechung im ersten Falle statt der früheren vierjährigen Arbeitshausstrafe und Stellung unter polizeiliche Aufsicht auf drei Jahre verurtheilt. Dem Angeklagten steht jetzt nur noch das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde beim Ober-Appellationsgericht in Jena zu. Man kann voraussehen, daß er von demselben Gebrauch machen wird.

### Italien.

Es wird von den Italienern als eine französische Maßregel Kat-tazzi's bezeichnet, daß mit dem Belagerungszustande auch die Pressefreiheit aufgehoben werde. Seit Sardinien freie Institutionen hat, ist dies nämlich noch niemals der Fall gewesen, auch, als 1849 Genua in Folge des Aufstandes in Belagerungszustand erklärt ward, blieb die Pressefreiheit selbst unter dem Ministerium Launay unangestastet.

In Rom ging allerdings der 15. August ruhig vorüber; das National-Comite hatte aber am Vorabend des Napoleonstages einen Aufruf ertheilen lassen, worin es hieß: der König Victor Emanuel habe gesprochen und den Willen kund gethan, daß das römische Volk jeder feindlichen oder auch bewaffneten Demonstration sich enthalten solle. Der König habe ferner versprochen, binnen kurzer Zeit allen Mächten Europa's ein Manifest zuzuschicken; in diesem wolle der König die sehnlichsten Wünsche des römischen Volkes, welches die Hauptstadt der Nation zurückverlange, auseinandersetzen, und die Trauer so vieler Familien aus Rom und den Provinzen, die durch den Kerker und durchs Exil von den Ihrigen getrennt seien, kund thun. Dieses Manifest werde dann einem unparteiischen und reifen Urtheil von ganz Europa empfohlen werden. Wenn dann dieser Appell an die Gewissenhaftigkeit der Cabinette unfruchtbar bleibe, die Angelegenheit wegen Roms nicht gelöst oder wenigstens in Betreff der französischen Occupation ein peremptorischer Termin nicht festgesetzt werde, so habe das Volk das Recht, gegen die römische Regierung sich zu erheben, und dieses werde dann auch zeigen, daß seine Herzen erwärmt seien vom edlen Blute seiner Ahnen.

Im Palermo finden viele Verhaftungen statt; ein Comite zur Verleitung von Soldaten zum Desertiren wurde entdeckt und dessen Chef festgenommen. Garibaldi scheint allein auf einem amerikanischen Schiffe

